

**Baden-Baden.** Der Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung nach einer teilweise hitzigen und polemisch geführten Debatte die außerplanmäßigen Kosten von rund 585 000 Euro für das Treffen der G-20-Finanzminister und -Notenbankchefs im März mehrheitlich gebilligt. Für die Beschlussvorlage der Verwaltung gab es 22 Ja-Stimmen, neun Stadträte stimmten dagegen und sieben enthielten sich.

Vor der Abstimmung kritisierten Sprecher der Grünen, SPD, Freien Bürger für Baden-Baden (FBB) und der FDP teilweise harsch Oberbürgermeisterin Margret Mergen und warfen ihr vor, im Vorfeld des G-20-Treffens den Gemeinderat übergangen und nicht dessen Zustimmung für die absehbaren Kosten eingeholt zu haben.

Mergen verteidigte ihr Vorgehen und verwies darauf, sie habe bereits am 29. Februar 2016 öffentlich darüber informiert, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sie kurz zuvor angerufen und ihr vorgeschlagen habe, das internationale Treffen in Baden-Baden auszurichten. Sie habe anschließend mehrfach den Ältestenrat und im

## Gemeinderat stimmt den G-20-Ausgaben zu

### OB Mergen muss sich teilweise harscher Kritik stellen

Januar 2017 den Hauptausschuss darüber informiert. Im Februar habe der Gemeinderat den möglichen Kosten von bis zu 800 000 Euro mit großer Mehrheit zugestimmt.

„Es ging um eine Veranstaltung mit hoher internationaler Wahrnehmung und Ausstrahlung“, sagte die Rathauschefin. Baden-Baden habe sich beim G-20-Treffen von seiner besten Seite präsentiert und diese Bilder seien in die ganze Welt hinausgegangen. Diese Werbung lasse sich nicht mit Geld bezahlen. Mergen bat zudem um Verständnis dafür, dass bei Schäubles Anruf eine schnelle Entscheidung erforderlich gewesen sei.

„Solche Momente sind nicht einfach im Leben einer OB“, räumte sie ein.

CDU-Fraktionschef Armin Schöpflin erklärte, der Gemeinderat sei frühzeitig einbezogen gewesen. Die jetzt entfachte Diskussion sei ärgerlich, weil sie Baden-Baden schade und dazu führen

könnte, dass die Stadt künftig keine Großveranstaltungen mehr erhalte. Für Beate Böhlen, Fraktions-

vorsitzende der Grünen, ist der internationale Werbeeffect unbestritten. Sie monierte jedoch, dass die OB den Gemeinderat nicht habe entscheiden lassen und damit das „Königsrecht“ dieses Gremiums missachtet habe. Ihre Fraktion könne nicht mitverantworten,

Der Werbeeffect für die Stadt ist unstrittig

dass Mergen künftig ähnlich reagiere, sagte Böhlen, die aus Protest zeitweise den Ratssaal verließ.

SPD-Fraktionssprecher Kurt Hochstuhl kritisierte, die OB sei nicht die alleinige Vertreterin der Stadt. Mergen habe nach dem Motto „Die Stadt bin ich“ gehandelt. Es wäre besser gewesen, den Gemeinderat einzubinden. Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, wies darauf hin, dass das G-20-Treffen eine große Wertschöpfung generiert habe. Die Diskussion im Nachhinein schade nur der Stadt.

Nach Ansicht von Martin Ernst (FBB) war es richtig, das Geld auszugeben, um für Baden-Baden zu werben. Seine Fraktion stimme aber nicht zu, weil die OB den Gemeinderat als „Souverän“ übergangen habe.

Rolf Pilarski (FDP) zufolge hat die Oberbürgermeisterin fahrlässig gehandelt, weil sie die Kostenfrage im Vorfeld nicht im Gemeinderat habe klären lassen. Er rechtfertigte seinen Schritt, das Regierungspräsidium Karlsruhe als Kommunalaufsicht um eine Prüfung zu bitten. Michael Rudolphi